

vorhanden, aber die Minderheit, die dagegen arbeitet, ist sehr einflussreich. Unbedingte Anhänger des Anschlusses sind die bürgerliche Klasse (die Großdeutschen) und die Sozialdemokraten. Aber die gegenwärtig herrschende christlich-sozialistische Partei zählt neben den verlässlichen Anhängern des Anschlusses, deren Führer, der Abgeordnete Dr. Matzja, erst kürzlich in Berlin weilte, auf ihrem Reichstagen Flügel auch zahlreiche Anschlussegegner — den unentwegten Anhängern des Hauses Habsburg. Unklar ist das Verhalten der christlich-sozialen Regierung. Sie bemüht offenbar die Anschlussbewegung als Druckmittel, um eine Versöhnung der unerschütterlichen wirtschaftlichen Disziplinierung in Paris und London durchzusetzen. Der österreichische Gesandte in London hat geradezu darauf hingewiesen, daß die zunehmende Not bei ausbleibender Hilfe zu dem Entschluß dränge, den Anschluß an Deutschland zu vollziehen. Von nationalem Standpunkte aus kann eine Politik, die sich einer großen Volkswirtschaft als Ausfallsmittel in den Räten des Augenblicks bedient, gewiß nicht weitgehend genannt werden. Aber wenn diese Politik über Erfolg hat, werden wir nicht dagegen einzuwenden haben. Unseren Brüdern in Österreich muß es klar sein, daß die praktische Möglichkeit des Anschlusses gerade durch ihre wirtschaftliche Wiederaufrichtung erst zu schaffen ist. Österreich darf nicht bloß eine Last sein, wenn es sich mit Deutschland vereinigen will, sondern es muß als brauchbarer Mitarbeiter an der gemeinsamen Erhebung kommen, um freudig willkommen geheißen zu werden. Darum gilt es für Österreich vor allem, Arbeit und Ordnung zu schaffen und der Zerstörung ein Ende zu machen, in die der Staat durch planlose Verbesserungsversuche geraten ist.

Beratungen der Ministerpräsidenten.

Berlin, 3. Februar. Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder sind zu Besprechungen über die neue Entente nach Berlin eingeladen worden.

Die Alliierten Sachverständigen und das deutsche Budget.

Paris, 3. Februar. Nach einer Havas-Meldung heißt es in dem heute veröffentlichten Anhang 1 aus dem Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz, der die deutsche Regierung und das deutsche Budget betrifft, u. a.: Die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages können verringert werden. Die Steuern auf alkoholische Getränke brachten in Deutschland viermal weniger ein als in England und sechs mal weniger als in Frankreich. Ebenso seien die Steuern auf Tabak, Kasse und Tee sehr niedrig. Die Steuer auf Zucker läge nur bei 200. Teil der Steuererwartungen, während sie z. B. in Italien den 125. Teil ausmachen. Eine Erhöhung der Kohlensteuer um 10 Proz. würde einen Mehretrag von 2 bis 3 Millionen ergeben. Auch die Zolltarifsteuern könnten vermehrt werden. Ihre tatsächliche Erhöhung sei wünschenswert. Die Löhne und Hofflohe würden in Deutschland nicht im Verhältnis zu dem niedrigen Werte des Papiergeldes steigen, was für die Rückkehr Deutschlands ein wichtigeres Hindernis wäre. Man könne damit rechnen, daß das Gleichgewicht des ordentlichen deutschen Budgets in naher Zukunft wieder hergestellt werde. Wenn alle Ausgaben nicht dringender Art ausgeschlossen würden, werde das Reich in kurzer Zeit den Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles ohne Erhöhung der Papiergeldfuß nachkommen können.

Der Vertragsbruch der Alliierten.

London, 3. Februar. „Manchester Guardian“ führt in einem Leitartikel aus: Damit aus den Pariser Abmachungen ein gültiger Vertrag würde, wäre die formelle Zustimmung Deutschlands notwendig, da die Beschlüsse sowohl gegen den § 233 — und das noch viel wichtiger ist — als auch gegen den § 428 des Friedensvertrages verstießen. Dieser letztere sanktionierte zusammen mit den zwei folgenden Paragraphen als einzige Strafen für die Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen nur eine Verlängerung der Besatzungszeit, aber nicht im Vertrag berechtigt die Alliierten dazu, die Besetzung auszuüben. Die bevorstehende Londoner Konferenz müsse die Beschlüsse von Paris revidieren, da es undenkbar sei, daß die Alliierten einen abfälligen Vertragsbruch ins Auge gefaßt hätten.

Schwerwiegender Druckfehler.

DA. Berlin, 3. Februar. In dem gedruckten Originaltext der Bandnoten ist, wie sich jetzt herausstellt, ein schwerwiegender Druckfehler enthalten. In dem Teile der Entwurfsbestimmungen, der die Luftfahrt behandelt, steht im Originalwortlaut das Verbot jeder „aviation militaire et civile“, das so lange gilt, bis Deutschland die Luftfahrtskauteln erfüllt hat. Danach hätte es also auf absehbare Zeit hinaus auch eine deutsche Zivilflugfahrt nicht mehr geben dürfen. Wie die „Dona“ von amlicher Seite erklärt, ist inzwischen bei der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes eine Rote eingegangen, welche die Verbotsklausel berichtigt. Es muß nämlich nach dieser Rote nicht „aviation civile“, sondern „aviation navale“ heißen, was natürlich ein grundlegender Unterschied ist. Die jetzt vorliegende amtliche Interpretation spricht also ein Verbot nur für das Heeres- und Marineflugwesen aus.

Deutsch-japanischer und deutsch-belgischer Schiedsgerichtshof.

Berlin, 3. Februar. Der deutsch-japanische und der deutsch-belgische gemischte Schiedsgerichtshof haben sich konstituiert. Sie sind in der Hauptsache zuständig für Streitigkeiten über Vorkriegsschulden, die nicht im Ausgleichsverfahren beigelegt werden können, für Streitigkeiten über Vorkriegsverträge, soweit nicht die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte der alliierten Staaten begründet ist, für Entschuldigungsansprüche der alliierten Staatsangehörigen an das Reich wegen ihrer von deutschen Kriegsmassnahmen betroffenen Privatverhältnisse sowie für bestimmte Streitigkeiten auf dem Gebiete der gewerblichen Schutzrechte.

Der 6. April

Abstimmungsstag für Oberschlesien? DA. Kopenhagen, 3. Februar. „Berlingske Tidende“ meldet, daß für die Abstimmung in Oberschlesien der 6. April vorgesehen sei.

Neuregelung der Witwen- und Hinterbliebenenbezüge.

Berlin, 4. Februar. In dem Petitionsauschuß des Reichstages gab ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß ein Gesetzentwurf über die Neuregelung der Witwen- und Hinterbliebenenbezüge der Kriegsteilnehmer von 1864 bis 1871 in Vorbereitung sei.

Ein Reichstarifamt für das Bankgewerbe.

DA. Berlin, 3. Februar. Ein Reichstarifamt für das Bankgewerbe, das berufen ist, Streitigkeiten grundsätzlicher Natur zu entscheiden, die aus dem Tarifverträge entstehen, ist nunmehr gebildet worden. Es besteht aus einem Vorsitzenden, 10 Rätigen und 20 nicht-Rätigen Beisitzern, von denen je die Hälfte des Arbeitgeberverbandes und des beteiligten Angestelltenorganisationen bekannt sind. Zum Vorsitzenden wurde vom Reichsarbeitsminister der Ministerialrat Wulff von dieser Behörde bestimmt.

Die Sechsstundenschicht.

DA. Bochum, 3. Februar. Auf einigen Betrieben des Ruhrgebietes haben die Bergleute am 1. Februar nur eine Sechsstundenschicht, wie sie ihnen feinerzeit durch das Vorgesetzte Abkommen mit der Regierung zugesagt sein soll, verfahren. Da sich weitere Betrieben, wie die jetzt verlässt, dieser Bewegung nicht angeschlossen haben, so dürfte dieser Vorstoß, der von den linksradikalen Bergarbeitergruppen in Szene gesetzt wurde, im Sande verlaufen. Im Hinblick auf die kommunizistischen Wählerkreise unter den Bergarbeitern auf Einführung der Sechsstundenschicht nennt das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zeitung“, vor Experimentieren. Sie erklärt: Der alte Bergarbeiterverband habe sich selbst von jeder grundsätzlichen für die Sechsstundenschicht ausgesprochen, aber ihre Durchsetzung sei nur möglich auf Grund internationaler Abmachungen. Eine Beschränkung nur auf Deutschland allein müßte das deutsche Wirtschaftsleben lähmen und auch für die Arbeiterschaft von katastrophaler Wirkung sein.

Rückkehr Kollers.

Paris, 3. Februar. Der Vorsitzende der interalliierten militärischen Kontrollkommission in Berlin, General Koller, wird morgen von hier nach Berlin abreisen, um sich wieder auf seinen Posten zu begeben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Februar. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Wehrgesetzentwurfes (Hunderttausendmann-Gesetz).
 Abg. Schöpslin (Soz.): Obwohl im allgemeinen das Ziel der Wehrgesetzgebung beibehalten dargestellt worden ist, so seien doch im einzelnen Änderungen zu machen, weshalb im Ausschuss eine kritische Prüfung vorgenommen werden müsse. Wie sehr es mit dem passiven Wahlrecht des Soldaten zu politischen Zwecken käuflich die Soldaten mit Vornehmung ihrer Vorgesetzten gehöre. Auch hier werde ein Unterschied zwischen Soldaten und Offizieren gemacht. Der Reichstag müsse sich ein Begünstigungsrecht vorbehalten, damit nicht in aller Stille wieder die alten Stammherrenrechte im Reich erneuert werden. Die Hauptsache sei, daß die Reichswehr den Bestand der Republik und die Verfassung schütze.
 Reichswehrminister Seiler: An Stelle der bisherigen deutschen Wehrverfassung könne das vorliegende Gesetz gelten. Das Verbandsorganisations- und das Disziplinargesetz würden demnach vom Reichsrat verabschiedet werden. Bei der jetzigen Lage sei man gezwungen an den Reichsleiter Friedensvertrag und an die Weimarer Verabredungen über die Landwehrmannschaften. Im Interesse des Reiches und des Landes müsse die Disziplin unbedingt sichergestellt werden. Das Bündnis sei mit der Republik nicht vereinbar. Der Minister müsse die Möglichkeit haben, durchzugreifen, wenn die Bünde die Disziplin und die Kameradschaft gefährdeten. Das passive Wahlrecht

sei keinem Angehörigen der Wehrmacht genommen. Der Entwurf spreche nur vom aktiven Wahlrecht und unterlasse nur zwischen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht. Es könne künftig niemand mehr Offizier werden, ohne zwei Jahre mit den Mannschaften in Reich und Glied gedient zu haben. Das Reichswehr müsse zur Angelegenheit der ganzen Nation und zu einem wirklichen Volkswesen werden.

Abg. Müller (Unabh.): Die Rücksicht auf die Landwehrmannschaften widerspreche dem Reichsgedanken. Die Reichswehr sei eine Kapitalanlage vor der bayerischen Sozialisten. Die politische Gleichberechtigung des Soldaten sei eine grundsätzliche Forderung, an der festgehalten werden müsse.

Abg. Kochen (Komm.): Die Soldaten seien ihren Vorgesetzten willenlos ausgeliefert. Sie erhielten die Heiratszulassung nicht vor dem 27. Lebensjahr. Die Offiziere würden immer nur Eöhne der Besatzenden sein.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Die Resolution zum Biersteuergesetz wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzaußsichtspersonals geht an den Ausschuss.

Zur dritten Beratung des Betriebsbilanzentwurfes begibt sich Abg. Schlad (Z.) nochmals den Antrag der bürgerlichen Parteien, demzufolge eine Verpflichtung der Vorlage der Bilanzunterlagen nicht besteht.

Die Beschlüsse der zweiten Lesung werden angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des gemeinsamen Antrages der Koalitionsparteien und Sozialdemokraten zur Förderung des Wohnungsbauwesens bis 1940 für alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude eine Abgabe zu erheben. Die Länder sind berechtigt, an die Stelle dieser Abgabe Zuschüsse zu den Steuern vom Grundvermögen treten zu lassen.

Abg. Bahr (Dem.) begründet den Antrag, schließt die Wohnungsbau und erhebt Einspruch gegen die Ansetzung, die Steuer nur auf Wohngebäude auszuheben.

Abg. Silberstein (Soz.): Leider sei angefangen der Vorlage im Bauwesen kein anderer Weg als die Annahme des Antrages möglich.

Abg. Krumm (Deutschnat.): Die Vorlage ist ein Notgesetz. Unser Antrag will nur die Ausgabeberechtigten von Wohnräumen zur Steuer heranziehen. Rufen soll der Mieter oder Pächter.

Abg. Kersch (Dt. Sp.): Die deutschnationalen Anträge gefährden das Zustandekommen des Gesetzes. Das Gesetz trägt zu einem vorkauflichen Charakter. Wünsche der Parteien können in dem vorliegenden Reichsgesetz berücksichtigt werden.

Abg. Merkel (Unabh.): Seine Partei stimme der Vorlage nicht zu. Man sollte die besitzenden Landwirte nur einmal energetisch anpacken. Erst die allgemeine Durchsicherung der Sozialversicherung werde Abhilfe schaffen.

Abg. Frau Langemann (Dt. Sp.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Hülsen (Komm.): Wir sind gegen das Gesetz und wollen das Protestrecht nicht mit einer neuen Steuer belegen.

Abg. Becker (Z.): Das 1 1/2 Millionen Wohnungen zum Herbst fertig werden, sei unmöglich. Es könne nur ein Teil fertig werden. Dafür brauche man aber nicht 8 bis 10 Millionen. Die von den anderen Parteien gestellten Anträge könne er ab.

Minister Dr. Brauns: Eine Einschränkung der Steuer auf Wohnräume allein würde nicht genügend Erträge liefern. Es komme nicht nur auf die Grundfläche an, sondern vor allem auf das Land.

Abg. Frau Jäger (Unabh.) betont nochmals die Notwendigkeit der Sozialversicherung.

Nach persönlichen Bemerkungen wird der Gesetzentwurf unter Ablehnung der dazu gestellten Anträge in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Unabhängigen und Kommunisten.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 4. Februar.

Schauspielhaus. Moriz Goldsteins „Die Gabe Gottes“. Das Stück ist auf französischen Verhältnissen aufgebaut und könnte ohne weiteres als französisches Ursprungs gelten. Der Verfasser weiß wie unsere überheimischen Nachbarn sehr wohl, daß auf der Bühne immer wirkt, wer das Theater als Theater nimmt. Wir Deutschen denken darin anders. Aber den äußeren Erfolg haben wir oft so wenig auf unserer Seite mit künstlerischen Dingen wie mit einer Politik, die das allgemeine menschliche Recht der Lasten zu Geltung bringen möchte. Ein trefflicher Kenner hat Frankreich das Land der Wirklichkeit genannt. Die französische Bühne ist die Bühne der Theaterwirklichkeit, und sie bleibt sich dessen immer bewußt, sobald sie sich auf neue Lorbeeren sammelt. Moriz Goldstein jammert eine spannende Handlung zusammen, bei der es für den Nachprüfenden auf ein paar Unwahrscheinlichkeiten mehr oder minder nicht ankommt. Aber wer prüft nach, solange er vor der Lampe sitzt? Ein alter Knecht, durch seine Lebensarbeit in 70 Jahren auf keinen grünen Zweig gekommen, wird durch glücklichen Zufall am Rande des Graues reich. Mit knapper Nähe dem Tode entronnen, steht er sich als Besitzer eines großen Reichthums, und nun erwacht in ihm der besessene Wunsch nach einem Erben. Er findet ein hübsches Mädchen, das sich einschließt, einen für sie glänzenden Ehekontrakt zu unterschreiben und ihr Schicksal an das seine zu ketten. Da aber greift, bevor die Ehe noch hat vollzogen werden können, die Hand des Ehemannes ein, und noch ist die Leiche nicht kalt, so wird Clarisse ein die Waise eines ehemals verarmten Deutsches. Das Schicksalsumspiel nimmt demnach nicht, doch Goldstein läßt mit unerschütterlicher Theaterlogik Vorgänge erleben, die möglich scheinen. Mit unheimlicher Sicherheit beherrscht er

die Welt des Theaters. Es war überflüssig, daß am Ende in den drohenden Wellen einige Fiktionsschwärze hineinkam. Denn die Sache verdient Anerkennung und wäre zu bewundern gewesen, auch wenn die Darsteller nicht ihr gutes Teil zu dem ungewöhnlichen Geschehen beigetragen hätten. Daß unserer Meinung nach die deutsche Bühnenkunst andere Aufgaben lösen sollte, sei nicht verschwiegen. Die Marquise von Aris und die Gabe Gottes würden wir gern wissen, beide liegen nicht auf dem Wege, den unser Schauspielhaus mit seinen seltenen Entschaffungen beschreiten darf, wenn es den Geschmack veredeln will.

Den alten Prigault benutzte Ponto zu einer Charakterstudie, die Zeugnis von seiner einholdenden Seelenanalyse ablegte. Wie aber auch hier der Wille zum Leben den morischen Körper! Ganz kluge Französin war die Clarissa Jenny Schaffers, grausam nüchtern in ihrer Veredlung, lothart, unheimlich klar aber sich selbst. Daneben gab es Schandweiber genug, so den dienstfertigen Adolanten Pétrot Wolff Röllers, den geistreichen Roumieu Rudolf Schröbers, das edle Elternpaar M. und Mme. Min Eugén Guff und Maximiliane Weibtrous, die widerliche Leichenfrau Ida Barbow-Röllers und den Kraftmenschen Diabot von Ernst Martens, nicht zuletzt auch die Wirtschaftsgasse (Meyer, Höner, Weymann und Paulsen). Das bunte Bild des zweiten Aktes hatte Bierich, der Spielleiter, virtuos gezeichnet. Bei der heutigen Zusammenfassung des Theaterpublikums dürften viele gefällige Zuschauerräume zu erwarten sein. Dr. Goldstein mag sich glücklich schätzen, und das Schauspielhaus ist um eine Sensation reicher.

Wissenschaft und Technik. Der 33. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin findet vom 18. bis 21. April d. J. in Wiesbaden unter dem Vorsteher des Oberklinikums Prof. Dr. G. Klemperer-Berlin statt. Hauptverhandlungsgegenstand ist die Behandlung

der Lungentuberkulose. Referate haben übernommen: L. Hirsch-Freiburg über die natürlichen Heilungsvorgänge bei der Lungentuberkulose, Hienhuth-Berlin-Dahlem über die experimentellen Grundlagen der Tuberkulosetherapie, D. Gerhardt-Wagburg über die klinische Behandlung der Lungentuberkulose, E. Brauer-Gamburg über die operative Behandlung der Lungentuberkulose. Außerdem findet eine Aussprache über den jetzigen Stand der Diabetestherapie statt; den einleitenden Vortrag hat v. Koorden-Henningst 2. R. übernommen. Vortragsumfassungen, denen eine kurze Inhaltsangabe beigefügt ist, sind bis 21. März an Hrn. Prof. Dr. G. Klemperer, Berlin W. 62, Reichstraße 2, zu richten. Vorträge, deren wesentlicher Inhalt bereits veröffentlicht ist, dürfen nicht zugelassen werden. Anmeldeungen neuer Mitglieder nimmt der Vorsitzende und der Sekretär entgegen.

Die Feststellung der Todesursachen in Preußen ergab, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, daß ihre außerordentliche Zunahme auf vier Krankheitsarten beruht, auf Influenza, Lungenerkrankungen, Tuberkulose und Altersschwäche. Gegenüber 620 450 Todesfällen im Jahre 1913 betrug die Zahl 1918 1 015 600, wobei die 182 624 Todesfälle infolge von Kriegsverletzungen nicht mitgerechnet sind. An Influenza starben 1913 3010, 1918 120 612. Die Sterblichkeit an Lungenerkrankungen betrug 1913 60 084, 1918 107 965. Die Tuberkulosesterblichkeit stieg von 56 861 auf 97 581. Die Sterblichkeit infolge Altersschwäche betrug 1913 66 443, 1918 92 965. Diese vier Todesursachen, auf die das Annehmen der Todesursachen zurückzuführen ist, umfaßten 1918 mehr als die Hälfte der Gestorbenen.

Die Landesstelle für Volkshochschulwesen im sächsischen Kultusministerium veranstaltet in der Woche vom 21. bis 26. Februar in Leipzig den zweiten Sächsischen Kurstag für Volkshochschullehrer.

Die wissenschaftliche Sektion des Obersten Reichsstatistikrates eröffnet in Berlin ein Bureau

als eine Abteilung der russischen Handelsmission. Das Bureau hat die Aufgabe, die Verbindung mit deutschen und europäischen Gelehrtenkreisen zwecks Austausch wissenschaftlicher Werke zwischen Russland und Deutschland herzustellen, Ausland über die neuen technischen Erfindungen zu unterrichten, wertvolle wissenschaftliche ausländische Werke zu übersetzen und zu veröffentlichen, ferner wissenschaftliches und technisches Material für Russland einzukaufen. Das Bureau hat außerdem eine Sektion für Patentwesen eröffnet, in der Starow und andere russische Ingenieure und Gelehrte arbeiten.

Aus Wiesbaden schreibt man uns: Das hiesige Bureau hat eine Bereicherung durch einen interessanten Grabfund erhalten. Es handelt sich um das Grab eines französischen Ritters aus dem Anfang des 6. Jahrhunderts. Der Krieger ist im Kampfe gefallen und in westlicher Richtung, mit dem Gesicht nach Osten, beigesetzt. Es wurden ihm Waffen und zahlreiche Gebrauchsgegenstände für sein Leben im Jenseits mitgegeben. Darunter befindet sich ein eisernes Dreifuß, ein langer eiserner Straßspieß, drei Äpfel und ein Keller. Bemerkenswert ist die Beigabe von verschiedenen Tieren, von denen noch Knochen aufgefunden wurden, aus denen man zwei Tauben und drei Kagen erkannt hat. Der Fund veranschaulicht die starke Vereinfachung der westgotisch-fränkischen Kultur durch die spätromische. Der hier bestattete Krieger war offenbar einer der ersten Franken, die im neu eroberten Gebiet sich niederließen.

In London ist der Historiker, Philologe und Nationalökonom Dr. J. B. Crozier im Alter von 71 Jahren gestorben. Der in Kanada geborene Gelehrte war insbesondere durch seine Werke über „Zivilisation und Fortschritt“, „Geschichte der Entwicklung des Intellekts“ und „Das Problem der Weltwirtschaft“ bekannt geworden, worin er eine eigenartige nationalökonomische Lehre zu entwickeln versuchte.

Bildende Kunst. Die Sehnacht, dem so hat sich aufdrängenden und so schwer zu ergründend-